

Erscheint
Montag, Mittwoch,
Freitag und Samstag.
Preis vierteljährlich:
in Neuenburg M. 20.
Durch Post bezogen:
im Orts- und Nachbar-
orts-Verkehr M. 1.15;
im sonstigen Inland,
Verkehr M. 1.25; hiezu
je 20 J. Bestellgeld.

Abonnements nehmen alle
Buchhändler und Postboten
sowie direkt entgegen.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg.

Anzeigenpreis:
die 5 gespaltene Zeile
oder deren Raum 10 J.;
bei Auskunfterteilung
durch die Exped. 12 J.
Reklamen
die 3 gesp. Zeile 25 J.

Bei öfterer Insertion
entsprech. Rabatt.

Verantwortlicher Hr. 4.
Erlaubnis-Nr. 1000.
„Enztäler, Neuenburg“.

Nr. 38.

Neuenburg, Mittwoch den 6. März 1907.

65. Jahrgang.

Landschau.

Berlin, 5. März. Im Reichstag stand auch heute die Fortsetzung der Etatsberatung auf der Tagesordnung. Paasche (natl.) erwidert namens seiner Fraktion auf die gestrigen Ausführungen Hertlings. Wenn nur der Abg. Hertling für das Zentrum gesprochen hätte, so würde seine in vornehmem Tone gehaltene Rede einen ganz anderen Eindruck gemacht haben. Es sei bedauerlich, daß das Zentrum einem so erfahrenen Politiker nicht gefolgt sei. Der Ruf: „Los vom Zentrum!“ sei nicht auf das Konto der Nationalliberalen zu setzen, sondern allein auf das des Zentrums. Sie werden uns auch künftig zwingen, den Kampf gegen Sie zu richten. In Fragen der nationalen Ehre darf die Regierung nicht nachgeben. Darüber freue ich mich. (Lebhafte Beifall.) Niemand von uns denkt daran, einen Kulturkampf zu entfesseln. (Sehr wahr!) Wir verlangen Freiheit der Religionsübung für alle Konfessionen. Wir Liberalen müssen die kleinen Gegenstände in unseren Reihen vergessen, und beweisen, daß wir auch ohne das Zentrum die großen nationalen Aufgaben erfüllen können. (Lebhafte Beifall.) Es sprachen noch von Kröcher (kons.) und Erzberger (kons.). Nach kurzen Bemerkungen des Fürsten Radzwill (Pole) schließt die erste Lesung des Etats, der an die Budgetkommission geht.

Die allgemeine Etatsdebatte im Reichstag hat sich nun doch noch in die neue Woche hineingezogen, wohl das erste Mal, daß die Generaldebatte über den Etat einen Zeitraum von länger als einer Woche beanspruchte. Freilich ist gerade diesmal bei der allgemeinen Etatsberatung des Reichstages vom Etat selber verhältnismäßig wenig die Rede gewesen, dafür um so mehr von dem stattgefundenen Wahlkampf, und da war es denn erklärlich, daß die einzelnen Parteien wie auch die Regierung die günstige Gelegenheit ergriffen, eine breite gegenseitige Auseinandersetzung über die geschaffene neue politische Situation zu halten. Die naheliegende Hauptfrage, wie sich die Mehrheitsverhältnisse in der neuen Volksvertretung gestalten werden, hat durch die erstmalige Staatsverhandlung naturgemäß noch keine definitive Beantwortung gefunden, da es ja hierbei zu keiner Abstimmung kommen konnte; immerhin berechtigt der Gang der Debatte zu der Erwartung, daß die neue konservativ-liberale Mehrheit, die zum ersten Mal bei der Präsidentschaftswahl hervortrat, sich bis auf weiteres bewähren werde. — Dem Reichstag und auch dem preussischen Landtag werden in den nächsten Tagen Etatsnotgesetze zugehen, da an eine rechtzeitige Fertigstellung der beiden Etats zum 2. April nicht zu denken ist. Die Etatsnotgesetze, die vor dem Eintritt der Osterferien verabschiedet werden müssen, werden bestimmen, daß die Regierung zur Ausgabe der notwendigsten laufenden Mittel befugt ist.

Die liberale Einigung macht weitere Fortschritte. Im preussischen Abgeordnetenhaus haben sich die Fraktionen der freisinnigen Volkspartei und der freisinnigen Volkspartei und der freisinnigen Vereinigung auf Grundlage der Vereinbarungen, welche die Fraktionen der liberalen Linken im Reichstage getroffen haben, ebenfalls zu gemeinsamer Arbeit vereinigt. Es hat bereits eine gemeinschaftliche Sitzung stattgefunden.

Die Delegiertenversammlung der Parteitage der bayerischen Zentrumspartei in München hat einstimmig eine Erklärung angenommen, in der das Vorgehen der Parteileitung bei den Reichstagsstichwahlen, d. h. das Bündnis mit der Sozialdemokratie, gebilligt wird.

Zehn Parteien zählt jetzt der Reichstag noch, die Wähler sind dem Zentrum beigetreten, so daß diese Gruppe verschwunden ist. Der einzige Welsche gehört auch dem Zentrum an. Die Fraktions-

losen sind auf zwei zusammengeschrunken, nämlich den Dänen Hanßen und den Erbprinzen Hohenlohe-Langenburg (wildkonservativ). General Liebert ist der Reichspartei, Graf Bothmer, Raumann, Dr. Neumann-Doser sind der freisinnigen Vereinigung beigetreten.

In einer Besprechung der letzten Rede des Reichsfinanzministers Fürsten v. Bülow schreibt die römische „Tribuna“ mit Bezug auf seine Versicherung einer friedlichen Politik Deutschlands, es sei zwar selbstverständlich, daß ein arbeitsames Volk wie das deutsche und eine Regierung wie die des Fürsten Bülow, die nichts veräume, die wirtschaftliche, kommerzielle und industrielle Entwicklung Deutschlands zu sichern, Abenteuern abgeneigt sei, welche die Früchte so vieler Jahre der Arbeiter aufs Spiel setzen könnten, aber es sei bei einem so von Verdächtigungen gesättigten internationalen Milieu ein Akt kluger Politik, dies immer wieder zu sagen.

Berlin, 3. März. Durch die Blätter laufen seit mehreren Tagen allerlei Notizen, wonach die Regierung im Herbst eine zweite Reichstagsauflösung veranstalten wolle, um nunmehr dem Zentrum das Schicksal der Sozialdemokratie zu bereiten usw. Anfangs schien es überhaupt nicht der Mühe wert, ein Wort gegen das offenbar ganz unsinnige Gerücht zu sagen. Da dieses in der Zwischenzeit aber seinen Weg in selbst sonst ganz ernste Blätter gefunden hat, so sei hiermit auf Grund bester Erkundigungen und Informationen festgestellt, daß an keiner maßgebenden Stelle eine solche Absicht besteht und an keiner maßgebenden Stelle eine solche Eventualität überhaupt bisher in den Kreis der Erwägungen gezogen worden ist. In maßgebenden Kreisen hat man mehr und Besseres zu tun, als solche ungelegten Eier auszubringen. Bei dieser Gelegenheit soll ferner die Enttöndung von dem angeblich bevorstehenden Kulturkampf abgeschlachtet werden. Auch dies Gerücht ist unsinnig und entbehrt jeglicher Grundlage. Es ist weder eine Absicht noch ein Anlaß dazu vorhanden.

Berlin, 1. März. Die Stellenbesetzungen in der Marine für das Frühjahr 1907 sind vom Kaiser genehmigt worden, der auch durch Kabinettsorder vom 16. Februar bestimmt hat, daß die aktive Schlachtflotte fortan die Dienstbezeichnung „Hochseeflotte“ zu führen hat, während die Reserve-Schlachtflotte die Bezeichnung „Reserve-Flotte“ erhält. Zum Chef der Hochseeflotte ist auch weiterhin der Admiral Prinz Heinrich von Preußen bestimmt worden; diese Flotte besteht aus dem ersten und zweiten Geschwader mit einer Anzahl Aufklärungsschiffe kleiner und großer Kreuzer, sowie den acht Halbflottillen, die zu je zwei Schulschiffen, einer Manöver- und einer Reserveflottille zusammengezogen sind. Das Kreuzergeschwader mit den zugehörigen Kanonenbooten bildet einen Marineteil für sich, während die auf Auslandsstationen befindlichen Schiffe der Marinestation der Ostsee und Nordsee zugewiesen sind.

Oberst Demling weist nicht mehr auf dem südlichen Kriegsschauplatz von Südwestafrika, sondern hält sich seit einiger Zeit in Windhuk auf.

Die sozialdemokratische Parteikasse schwimmt im Gelde! Große Summen, aus den einzelnen Arbeitergruppen zusammengesetzt, sind bereits nach Rußland gesandt, Geld über Geld stöß für die Wahlen, und Ende Februar ds. Js. kann der „Vorwärts“ über rund 175 000 M. quittieren, die im Monat Januar der Parteikasse zugehen. Davon entfallen etwa 170 000 M. auf Beiträge bis zu 500 M.; die übrigen Beiträge unter 500 M. belaufen sich auf 5000 M. oder darüber. Die unbekannteste freigebige Hand K. N. J. spendete 16 000 Mark. — Für die bürgerlichen Parteien entspringt daraus die Mahnung, auch jetzt, nach den Wahlen, ihre Parteiorganisation finanziell ebenfalls kräftig zu unterstützen und nichts am Ausbau ihrer Organisationen zu unterlassen!

Der Abonnentensatz der sozialdemokratischen Presse wird durch folgende Notiz gekennzeichnet. In Leipzig müssen jetzt die Arbeiter in einigen Fabriken das Frühstück in einen Bogen des sozialdemokratischen Parteiblattes eingewickelt mitbringen, und zwar muß der Bogen immer von der Nummer des vergangenen Tages sein. Die Kontrolle übt der Vertrauensmann der Sozialdemokratie für die betreffende Fabrik aus. Also Wurstpapier.

Der Großherzog hat den von der Strafkammer Freiburg wegen Anstiftung zum Meineid zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilten kath. Pfarrer Gaisert von Gündelwangen zu 6 Monaten Gefängnis begnadigt.

Koburg, 3. März. In der russischen Kapelle des Palais Edinburg wurde heute nachmittag die Tochter des Großfürsten und der Großfürstin Ekaterin getauft. (Die Großfürstin Ekaterin ist bekanntlich die frühere Gattin des Großherzogs von Hessen.)

Der Gesetzentwurf betr. die Bornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 sieht außer der eigentlichen Berufs- und Betriebszählung auch eine Zählung der Personen vor, für die zu der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung Beiträge entrichtet werden, ferner derjenigen Personen, die auf Grund der Reichsgesetze Unfall- oder Invalidenrenten beziehen, sowie der Witwen und Waisen. Die statistischen Aufnahmen sollen von den Landesregierungen bewirkt werden. Die Lieferung der erforderlichen Erhebungsformulare und die Verarbeitung des Urmaterials erfolgt, soweit dies nicht von den Landesregierungen übernommen wird, von Reichs wegen. Die den Landesregierungen durch die Lieferung der erforderlichen Erhebungsformulare und durch die Bearbeitung des Urmaterials erwachsenden Kosten werden vom Reiche nach einem vom Bundesrat festzustellenden Satze vergütet. Die vorzulegenden Fragen dürfen sich, abgesehen von dem Personen- und Familienstande, nur auf die Berufsverhältnisse, und zwar bei Waisen unter 18 Jahren und Witwen auch auf diejenigen des verstorbenen Vaters bzw. Ehemannes, und auf die sonstige regelmäßige Erwerbstätigkeit, sowie auf die reichsgesetzliche Invaliden- und Unfallversicherung beziehen. Jedes Eindringen in die Vermögens- und Einkommensverhältnisse ist ausgeschlossen. Der Bundesrat bestimmt den Tag der statistischen Aufnahmen und erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften. Geldstrafen sichern wahrheitsgetreue Angaben.

Was in Deutschland an praktischer Sozialpolitik auf dem Gebiete der Unfall- und Invalidenversicherung geleistet wird, das zeigen die dem Reichstage in nächster Zeit zugehenden Nachweisungen der Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften und der Invalidenversicherungsanstalten auf das Jahr 1905. Was zunächst die Unfallversicherung angeht, so stellte sich die Zahl der durchschnittlich bei den Berufsgenossenschaften versicherten Personen auf 19 384 803. Hierzu traten für die 516 Ausführungsbehörden 857 709 Versicherte, so daß im Jahre 1905 zusammen 20 242 512 Personen gegen die Folgen von Betriebsunfällen versichert gewesen sind. In der lehterwähnten Zahl dürften allerdings an 1 1/2 Millionen Personen doppelt erscheinen, die gleichzeitig in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und versichert waren. Die Gesamtsumme der gezahlten Entschädigungsbeiträge belief sich auf 135,4 Millionen Mark gegen 126,6 Millionen im Jahre 1904, 117,2 Millionen in 1903, 107,4 Millionen in 1902, 98,6 Millionen in 1901, 86,6 Millionen in 1900, 78,7 Millionen in 1899, 71,1 Millionen in 1898, 63,9 Millionen in 1897, 57,2 Millionen in 1896, 50,1 Millionen in 1895, 44,3 Millionen in 1894, 38,2 Millionen in 1893, 32,3 Millionen in 1892, 26,4 Millionen in 1891, 20,3 Millionen in 1890, 14,5 Millionen

n 1889, 9,7 Millionen in 1888, 5,9 Millionen in 1887 und 1,9 Millionen in 1886. Die Entwicklung, die die Unterstützung der deutschen Arbeiter in der Unfallversicherung im Laufe der Jahre genommen hat, geht aus diesen Zahlen ganz klar hervor. Die Steigerung der Entschädigungen hat von Jahr zu Jahr, wie dies bei dem für die Unfallversicherung gewählten Umlageverfahren nicht anders zu erwarten war, angehalten, ihre Höhe aber ist recht verschieden gewesen. Die jährlichen Steigerungssätze beliefen sich anfänglich auf 4 Millionen Mark, erhöhten sich auf 6 dann auf 7, schließlich von 1899 zu 1900 auf 8 Millionen *M.* Dann trat aber das neue Unfallversicherungsgesetz in Kraft und sofort erhöhte sich der Steigerungssatz auf 12 Millionen Mark. Welche Verbesserungen für die Arbeiter die Revision der Unfallversicherung mit sich gebracht hat, ersieht man am besten aus dieser Zahl. Die darauf folgenden Steigerungen bewegten sich zwischen 9 und 10 Millionen Mark. Rechnet man zu dem Betrage von 135,4 Millionen Mark die als Kosten der Fürsorge innerhalb der gesetzlichen Wartezeit gezahlten 0,7 Millionen hinzu, so fallen auf jeden Tag im Jahre 1905 rund 373.000 *M.*, die den Verletzten oder ihren Hinterbliebenen zugute gekommen sind. Die Anzahl der neuen Unfälle, für die in 1905 zum erstenmale Entschädigungen gezahlt wurden, belief sich auf 141.121. Davon hatten 8928 den Tod und 1487 eine mutmaßlich dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit des Verletzten im Gefolge. Im wesentlichen sind es wieder die Entschädigungen für leichtere Unfälle mit dauernd teilweiser und vorübergehender Erwerbsunfähigkeit, die zugenommen haben. Die Summe der der Beitragszahlung zugrunde gelegten Löhne, die sich mit den wirklich verdienten nicht decken, stellt sich bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 6996,7 Millionen Mark bei einer Zahl von 8,2 durchschnittlich versicherten Personen oder 7,2 Millionenollarbeitern. Die Bestände der bis zum Schluß 1905 angeammelten Reservefonds der Berufsgenossenschaften betragen 215,4 Millionen Mark, zu denen noch 4,6 Millionen rückständige Einlagen kommen. Die Versicherungsanstalten haben als Reservefonds 1,3 Millionen Mark zurückgelegt. In der Invalidenversicherung waren 31 Versicherungsanstalten und 9 zugelassene Kasseneinrichtungen tätig. Die Wochenbeiträge ergaben bei den Versicherungsanstalten einen Erlös von 148,9 Millionen Mark. Bei den Kasseneinrichtungen betrug die Einnahme aus Beiträgen 12,3 Millionen Mark. Als im Jahre 1905 zugegangen wurden 146.660 Renten behandelt, wovon 124.111 Invalidenrenten, 11.933 Krankenrenten und 10.716 Altersrenten im durchschnittlichen Jahresbetrage von 159,45 *M.*, 160,79 *M.* und 159,10 *M.* waren. Beitragsrückstellungen wurden festgestellt bei 151.852 Heiratsfällen, 765 Unfällen und 33.941 Todesfällen, wobei sich der durchschnittliche Betrag auf 37,08 *M.*, 75,41 *M.* und 75,07 *M.* stellte. Auf diese reichsgesetzlichen Entschädigungen wurden allein zu Lasten der 40 Versicherungsträger, also ohne den Anteil des Reiches 97,7 Millionen Mark gezahlt und zwar an Renten 89,5 Millionen, an Beitragsrückstellungen 8,2 Millionen Mark. Die hierzu noch tretende Leistung des Reiches belief sich auf 47,4 Millionen Mark. Für das Heilverfahren wurden 12,2 Millionen Mark aufgewendet. Insgesamt haben sich im Jahre 1905 die Einnahmen auf 202,9 Millionen Mark, die Ausgaben auf 125,8 Millionen Mark beziffert, so daß sich ein Vermögenszuwachs von 77,1 Millionen Mark ergibt. Am Schluß des Jahres 1905 belief sich das Vermögen der Versicherungsträger auf 1237,5 Millionen Mark.

Der diesjährige Winter belastet den Etat der Stadt Berlin in ganz außergewöhnlicher Weise. Noch niemals sind solche beträchtliche Summen für die Beseitigung des Schnees, Reinigung der Straßen und Plätze verausgabt worden. Bis heute sind aber schon über eine Million Mark für diese Zwecke angewiesen worden.

Die Hamburg-Amerika-Linie hat eine glänzend ausgestattete Broschüre herausgegeben über die Entwicklung der Seeschifffahrt in den letzten 60 Jahren. Es sind darin neben geschichtlichem Text alle frühesten und jetzt im Dienst befindlichen Schiffe abgebildet, ebenso die Verwaltungsgebäude in Hamburg und New-York. Die Hamburg-Amerika-Linie unterhält gegenwärtig 56 regelmäßige Dampferlinien und hat eine Flotte von 153 Ozeandampfern und 183 Flußdampfern.

Die Interviews „gemacht“ werden, zeigt folgender Vorfall. Das „Berl. Tagebl.“ veröffentlichte kürzlich eine Unterredung, die sein Berner

Korrespondent mit dem vorjährigen Schweizer Bundespräsidenten und jetzigen Chef des eidgenössischen Militärdepartements Bundesrat Forrer wegen der Person des zum Generalinspektor der Polizeiorganisation in Marokko vorgeschlagenen Obersten Armin Müller gehabt haben wollte. Nach einer Erklärung des Berner „Bund“ hat jedoch der Bundesrat Forrer einen Korrespondenten des „Berl. Tageblattes“ überhaupt nicht in dieser Angelegenheit gesprochen. Es gehört immerhin eine gewisse Unverfrorenheit dazu, sich solche Interviews einfach aus den Fingern zu saugen.

Das englische Unterhaus nahm mit 198 gegen 90 Stimmen eine Resolution an, welche die Entstaatlichung der englischen Kirche und die Einziehung der geistlichen Pfründen befürwortet. Der Chefsekretär für Irland, A. Birrell sprach sich zwar wiederholt zugunsten der Resolution aus, erklärte jedoch, die Regierung werde keinerlei Verantwortung für diese übernehmen, da sie ohnehin schon alle Hände voll zu tun habe.

Petersburg, 3. März. Heute früh umzingelten 1500 Polizisten das Polytechnikum und nahmen in den Studentenwohngebäuden Hausdurchsuchungen vor, bei denen an verschiedenen Stellen etwa ein Duzend Bomben, 10 Schnellfeuerwaffen, 2 Pfund Dynamit, Handgranaten und Pyroxylin entdeckt wurden. Die Hausdurchsuchungen dauerten bis zum Nachmittag. 15 nicht der Studentenschaft angehörige Personen, darunter mehrere Frauen, wurden verhaftet.

Prätoria, 4. März. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts hat insofern eine Veränderung erfahren, als General Botha das Ackerbauministerium und de Villiers sowohl das Bergwerk- wie das Justizministerium übernimmt.

Auf der Höhe von Dover stießen die deutschen Dampfer „Marjala“ und „Helene“ zusammen, wobei die „Helene“ sank; acht Mann der Besatzung ertranken. Der „Standard“ bringt über diesen Zusammenstoß folgende Einzelheiten: Der Dampfer „Helene“, am Borderteil getroffen, begann sogleich zu sinken. Sofort wurden zwei Boote ins Wasser gelassen, in denen neun Mann entkamen. Der Kapitän, der erste Maschinist und sechs Mann der Besatzung sind nach dem Zusammenstoß nicht mehr gesehen worden. Als die zwei Boote forttrieben, wurden Anstrengungen gemacht, ein drittes loszulassen. Den beiden Booten mit den neun Ueberlebenden gelang es, nahe bei einander zu bleiben. Der Nebel war aber so dicht, daß sie fast ziellos darauf losruderten. Ueber zwei Stunden lang hatten sie zu kämpfen, wobei sie fortwährend die Sirenenpfeifen hörten und in Gefahr waren, überrannt zu werden, ehe sie Dover erreichten, wo sie mit Hilfe dortiger Schiffer ihre Boote ans Land zogen. — Ein anderer Bericht sagt, daß der Kapitän und der Teil der Besatzung, der in einem Boot zurückblieb, zum Dampfer „Helene“ zurückgekehrt seien, in dem Glauben, die „Helene“ werde nicht sinken. Es sei ihr gelungen, mit ihr bis auf die Höhe von Goodwin zu dampfen und weiter bis auf die Höhe von Dover, wo das Schiff sie im Stiche zu lassen schien. Dann seien sie in der Richtung auf Folkestone davongetrieben. Seitdem habe man von dem Dampfer und der auf ihm gebliebenen Besatzung nichts mehr gehört.

In der Westmündung des Pennsylvania-Tunnels in Homestead (New-Jersey) sind 1000 Pfund Dynamit explodiert, wodurch 50 Häuser zerstört wurden. Angeblich sind 15 Personen ums Leben gekommen. In New-York wurden Gebäude stark erschüttert und Fenster zertrümmert.

Württemberg.

Stuttgart, 4. März. Der König ist heute nachmittag mit dem Mailänder Schnellzug um 3 Uhr 25 Minuten nach Kap Martin bei Mentone zu einem 3 bis 4 wöchigen Aufenthalt abgereist. Die Königin gab dem König das Geleite zum Bahnhof. Zur Verabschiedung hatten sich ferner eingefunden der Generaladjutant mit dem diensttuenden Flügeladjutanten, der Oberkammerherr, der erste Kammerherr der Königin und der übrige Dienst. In der Reisebegleitung des Königs befanden sich Flügeladjutant Oberstleutnant Hofacker und Kabinettssekretär Legationsrat Freiherr von Güttingen.

Stuttgart, 4. März. Anlässlich des Geburtstages des Königs sind 57 Arbeitern, welche mit Einrechnung der Militärdienstzeit mindestens 25 Jahre im unmittelbaren Dienst der Eisenbahnverwaltung sich befinden, unter Ausbändigung von Anerkennungsurlunden Belohnungen von je 50 *M.* verwilligt worden.

Dem Präsidium des Ständischen Ausschusses ist jetzt der Gesetzentwurf, betreffend die Aenderung des Beamtengesetzes von 1876 — die sog. Aufbesserungsvorlage — zugegangen, ferner ein Gesetzentwurf, betr. die Aenderung des allgemeinen Sportelgesetzes von 1899.

Stuttgart, 4. März. Der Verein von Holzinteressenten Südwestdeutschlands hat heute hier seine 8. Generalversammlung abgehalten, welcher verschiedene Vertreter der süddeutschen Regierungen anwohnten, von Württemberg Oberforstrat Müller-Stuttgart. Die Verhandlungen drehten sich in der Hauptsache um die Frage der Schiffsabgaben, in Verbindung damit auch der Flößereiabgaben, und es wurde schließlich eine Erklärung folgenden Inhalts angenommen: Holzhandel und Holzindustrie Südwestdeutschlands sind auf die Benützung der Wasserstraßen des Rheins und seiner Nebenflüsse zur Beförderung ihrer Rohstoffe und Erzeugnisse angewiesen und erblicken daher in jedem Versuch, auf untern freien Strömen Binnenschiffahrts- und Flößereiabgaben zu erheben, eine drohende Gefahr für ihre wirtschaftlichen Interessen. Der Verein von Holzinteressenten Südwestdeutschlands erhebt deshalb in Wahrung der ihm anvertrauten Interessen gegen die geplante Erhebung von Schiffsabgaben lauten Protest und richtet an die verbündeten Regierungen das dringende Ersuchen, dem Antrag auf Einführung von Schiffsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen die Zustimmung zu verweigern. Die Versammlung schließt sich hier der Erklärung der am 16. Februar in Mannheim abgehaltenen Protestversammlung vollständig an. — Im Laufe der weiteren Verhandlungen hat Commerell-Höfen verschiedene Klagen über Kohnholzerkäufe in Württemberg vorgebracht, u. a., daß die Submissionsverläufe immer mehr überhandnehmen, daß das Maß der Rundholzstämme und die Beschaffenheit der Abfuhrwege zu wünschen übrig ließen. Die Forstverwaltung sollte etwas kulantere vorgehen, sie könnte sich mit der Steigerung der Holzpreise begnügen und sollte sich nicht durch die Vermessung noch besondere Vorteile verschaffen wollen.

Stuttgart, 1. März. Im Württ. Schwarzwalddverein hielt Professor Christaller einen Vortrag über die Weltsprache Esperanto. In überaus anschaulicher Schilderung gab der Vortragende zunächst eine Charakteristik des Esperanto und erläuterte hierauf an Beispielen die große Einfachheit und die kurze, logisch korrekte Ausdrucksweise. Es ging aus dem fesselnden Vortrag hervor, daß Esperanto vermöge seiner einfachen Grammatik, dem reichen internationalen Wortschatz und der logischen Schärfe des Ausdrucks, unzweifelhaft geeignet ist, die internationale Sprache des allgemeinen Weltverkehrs zu werden. Im Anschluß an den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag brachte Professor Dr. Endriß in warmen Worten den besonderen Dank des Vereins für die anregenden Ausführungen des Redners zum Ausdruck und betonte dabei, daß die allgemeine Einleitung einer leicht erlernbaren Weltsprache, abgesehen von dem großen praktischen Vorteil im menschlichen Leben, schon im nationalen Interesse zu befürworten sei, indem mit der Aufnahme einer Weltsprache in den Schulunterricht der Unterricht in den fremden Sprachen nicht mehr an erster Stelle zu betreiben sein würde, so daß aber die Muttersprache, in der ja doch allein der Mensch sich tief und gut ausdrücken vermag, ganz in den Vordergrund gestellt werden könnte.

Stuttgart, 27. März. Ein raffinierter Fall von Unterschlagung ist durch Ausschreiben der Staatsanwaltschaft zur allgemeinen Kenntnis gelangt. Am 28. August vor. Js. war ein Konzert des blinden Tonkünstlers Rud. Thies im Bürgermuseum ausgeschrieben. Der Konzertagent Arthur Dittmann von Kassel hatte in Stuttgart und Kassel durch zwei Verkäuferinnen, welche Hunderte von Häusern aufsuchten, zahlreiche Eintrittskarten verkauft. Das Konzert fand jedoch nicht statt. Dittmann wurde wegen Unterschlagung verfolgt und ist sodann gegen Hinterlegung von 600 *M.* zu Gunsten der geschädigten Kartenabnehmer auf freien Fuß gesetzt worden. An sämtliche Abnehmer von Eintrittskarten zu dem genannten Konzert erläßt nun die Staatsanwaltschaft die Aufforderung, sich schriftlich oder mündlich beim Stadtpolizeiamt zu melden, welches nach Abschluß der Erhebungen die bezahlten Eintrittsgelder zurückerstatten wird.

Neutlingen, 4. März. Die hiesige Handelskammer hat u. a. in ihrer letzten Sitzung ein Bedürfnis für die Errichtung einer Handelshochschule in Württemberg nicht erkannt. Die Kammer sprach

sich ferner dafür aus, daß es angezeigt erscheine, daß das Konkursgericht den Mitgliedern des Gläubigerausschusses Belehrung über ihre Rechte und Pflichten zuteil werden lasse.

Geislingen. Auf Grund eines vom kaufmännischen Verein veranlaßten Vortrags wurde hier eine freie Vereinigung für staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten gegründet, der über 150 Kaufleute, Techniker, Wertmeister u. s. w. beitraten.

Böblingen, 2. März. Ueber den Verkauf der Böblinger Zuckerfabrik an die Zuckerfabrik Stuttgart (Münster) wird dem „Merkur“ noch berichtet: Sämtliche maschinellen Einrichtungen kommen nach Münster. Die Angestellten und Beamten begeben sich teils auf 1. Januar 1908 zur Ruhe, teils ist ihnen gekündigt, teils werden sie mit nach Münster genommen, teils auch bei der Oekonomie in neuer Stellung verwendet. Diese soll in beschränktem Maße erhalten werden, da man die vielen Güter nicht veräußern kann und die Gebäulichkeiten dafür in gutem Zustand vorhanden sind. Wie es mit den zwei gepachteten Höfen Mauren und Schachhof geht, weiß man noch nicht. Für Böblingen ist der Verkauf ein großer Verlust, wodurch viele Wohnungen leer werden, an denen schon vorher Ueberfluß ist. Die älteste, beste und zuverlässigste Steuerquelle ist dahin. Auch für unsere Geschäftsleute bedeutet es einen Ausfall, besonders aber für die arbeitende Bevölkerung. Auch für die Nachbarorte Schönaich, Holzgerlingen, Dagersheim usw. ist es schlimm, da auch aus diesen Orten, insbesondere im Herbst, viele, wenn auch keinen großen, so doch sicheren Verdienst fanden. Man hofft hier, daß auf den schönen Platz eine andere Fabrik kommt, damit die verfügbaren Arbeitskräfte Verwendung finden.

Dürrenz-Mühlacker, 3. März. Gestern früh entgleisten bei der Zusammensetzung eines Personenzugs direkt unter der Lienzinger Straßenbrücke 3 Personenwagen, wodurch ein Brückenpfeiler und ein Wagen stark beschädigt wurden und das eine Hauptgleis einige Zeit gesperrt war.

Göppingen, 4. März. Im Stadtwald Oberholz hat sich gestern mittag der 55 Jahre alte Stationsverwalter K. von Ubingen erschossen. Die Motive zu dem Selbstmord sollen dienstlicher Natur sein; wie es heißt, hat Ende voriger Woche eine dienstliche Visitation bei K. stattgefunden, die zu seinen Ungunsten ausgefallen sein soll. K. war Veteran von 1870/71 und Ritter des Eisernen Kreuzes.

Gmünd, 1. März. Der hiesige, im Sergeantenrang stehende Bataillonschreiber brachte sich in selbstmörderischer Absicht auf dem Geschäftszimmer des Bataillons eine Anzahl Stiche mit dem Taschen-

messer in der Herzgegend bei. Schwer verletzt wurde er ins Lazarett verbracht.

Ehningen, 1. März. Heute hatte Forstwart Ehmann von Hildrizhausen das seltene Jagdgilck, im Staatswald Ketterleshalde ein Prachtexemplar von einer Wildkatze zu erlegen. Dieselbe mißt vom Kopf bis zum Schwanzende genau einen Meter.

Redarjulm, 4. März. Mit Lysol vergiftet hat sich der 78jährige Schneider Größler hier. Er hatte das Gift mit einem Glas Bier vermischt und dasselbe getrunken. Nahrungsforgen scheinen der Grund zu dem Selbstmord gewesen zu sein.

Friedrichshafen, 5. März. Ein interessanter Fall erregt hier die Gemüter. Der Totengräber hatte während des Zudeckens eines kurz vorher eingebetteten Sarges plötzlich unten ein Klopfen vernommen. Als dieses Zeichen nicht aufhörte, rief er den in der Nähe wohnenden Friedhofgärtner herbei. Auch dieser vernahm von unten kommende Töne. Sofort wurde die Erde wieder ausgehoben und die Leiche, einer am Schlaganfall verstorbenen Frau, nachgesehen, aber hier war alles still. Es lag nur die Vermutung nahe, daß dieses Geräusch von der danebenliegenden Leiche des einen Tag vorher beerdigten Konditors H. herrühren könnte, welcher oft vorher an Krämpfen litt, und auch an Schlaganfall starb. Als jedoch die Töne nicht mehr zu hören waren, gingen die Zeugen leichter über die Sache hinweg; jetzt aber wollen, wie man hört, die Angehörigen des verstorbenen H., ebenso der Arzt, welcher den Tod durch Schlaganfall konstatierte, unbedingte Ausgrabung der Leiche veranlassen. (S. C. B.)

Stuttgart. [Landesproduktionsbörse.] (Bericht vom 4. März.) In der abgelaufenen Woche war die Witterung heiter, trocken, die Temperatur kühl. Von den überseeischen und europäischen Handelsplätzen wird eine entschieden ruhigere Stimmung mit allerdings unerheblich billigeren Preisen gemeldet. Dagegen berichten unsere heimischen Schranzen und Fruchtmärkte, daß die Zufuhren härter und die Preise, teils infolge der bevorstehenden Aussaat, höher waren. Auf heutiger Börse war die Gesamttendenz nicht einheitlich. In Weizen beschränkte sich der Verkehr auf den nötigsten Bedarf. In Roggen herrschte fortgesetzt Nachfrage. In Braugerste stagniert das Geschäft, es fehlen Angebot und Nachfrage. Hafer, Mais und Futtergerste sind fortgesetzt gefragt. — Weizenpreise per 100 kg inkl. Sack: Wehl Nr. 0: 30 Mk. — Pfg. bis 31 Mk. — Pfg., Nr. 1: 28 Mk. 50 Pfg. bis 29 Mk. 50 Pfg., Nr. 2: 27 Mk. — Pfg. bis 28 Mk. — Pfg., Nr. 3: 25 Mk. 50 Pfg. bis 26 Mk. 50 Pfg., Nr. 4: 25 Mk. 50 Pfg. bis 24 Mk. 50 Pfg. Suppengries 30 Mk. — Pfg. bis 31 Mk. — Pfg. Kleie 9 Mk. 50 Pfg. bis 10 Mk. — Pfg. (ohne Sack).

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Calw, 3. März. Privatdozent Dr. Ohr von Tübingen hielt hier am Freitag abend im Bad. Hof einen Vortrag über die liberale Vereinigung, worauf die Gründung eines liberalen Vereins mit 40 Mitgliedern zustande kam.

Enzklösterle, 2. März. Durch das Ableben von Frau Weber hier, welche die Postagentur im Gast-

haus zum „Hirsch“ inne hatte, geht mit dem 1. April ds. Js. die Postagentur in den Gasthof zum „Walhorn“ über, wo sie schon in früheren Jahren war. Von diesem Zeitpunkt an soll auch die Post 2mal täglich ausgetragen werden. Ob einem Besuch um täglich 2malige Postverbindung mit Wildbad von der Kgl. Generaldirektion entprochen wird, bleibt abzuwarten. Das Ansuchen der Generaldirektion dafür den Postverkehr mit Altensteig aufzugeben, findet nicht die Zustimmung der beteiligten Gemeinden und des Publikums.

Haiterbach, 5. März. Herr Schultheiß Kieger von Egenhausen wurde durch den hiesigen Gemeinderat zum Stadtpfleger gewählt.

Teinach, 4. März. Dieser Tage wurde hier ein Zigeunerpaar von dem Landjäger festgenommen, das versuchte, neue Tuchreste, die zweifellos von einem Ladendiebstahl herrühren, abzusehen. Nachher stellte es sich heraus, daß es der Zigeunerin gelungen ist, der Witwe P., bei der das Paar genächtigt hatte, deren Barbesitz, ca. 90 Mk., abzuschwindeln. Die Zigeunerin versprach mit diesem Gelde einen großen Geldschatz, der im Stalle verborgen sei, zu heben. Zur Hebung müßte das Geld im Stalle vergraben werden, daß es den verborgenen Schatz anziehe. In 3 Wochen sei der Schatz gehoben, wenn vollständige Verschwiegenheit beobachtet werde. Um die P. zu überzeugen, daß noch Geld verborgen sei, wies die Zigeunerin auf den Geldfund in Weitingen hin. Das Vergraben des Geldes geschah unter einem Sack und als nach 3 Stunden die P. aufgeklärt war und ihr Geld herausgraben wollte, war es natürlich verschwunden.

Dermisches.

Annaberg i. G. Ueber die Unzulänglichkeit von Kinderaussagen wird aus hiesigen Lehrerkreisen folgendes veröffentlicht: Einem Knaben, der bereits das fünfte Jahr zur Schule geht, war neulich, angeblich während des Unterrichts, sein Ranzen unter der Bank verschwunden. Alles Suchen war vergeblich, der Knabe aber behauptete bestimmt, den Ranzen mit zur Schule gebracht zu haben, und drei Schulkameraden bestätigten seine Aussagen. Der 1. Zeuge gab an, er habe den „Verlustträger“ in Begleitung seines Bruders zur Schule gehen sehen; er trug den Ranzen auf dem Rücken. Der 2. Zeuge erklärte, er habe den betreffenden Schüler mit dem Ranzen auf dem Rücken im Schulhause gesehen und der 3. Zeuge (Nachbar) hatte gesehen, wie der Ranzen auf die Bank gelegt wurde. Nun wurde der Verlustträger nach Hause geschickt und dort lag sein Ranzen noch auf einem Stuhl, er hatte ihn tatsächlich vergessen! Also Vorsicht bei Kinderaussagen!

— Siehe zweites Blatt. —

Amtliche Bekanntmachungen und Privat-Anzeigen.

Den Ortsbehörden

gehen in den nächsten Tagen, höheren Auftrags zufolge, Spundbockstafeln mit dem Auftrag zu, dieselben in den Schulen an geeigneten Stellen, etwa in den Gängen, aufhängen zu lassen. Wo es angeht, sollte auch für die Aufstellung geeigneter Spundböcke an leicht zugänglicher Stelle Sorge getragen werden.

Hiefür, sowie für die Erneuerung der Tafeln haben die Gemeinden aufzukommen.

Neuenbürg, den 4. März 1907.

Höfen,

Kgl. gem. Oberamt in Schulsachen.
Hornung. Schneider.

Versammlung der Gemeindebaumwärter.

Am Montag, 11. ds. Mts., vorm. 10 Uhr

wird im Rathaus zu Neuenbürg eine Versammlung der Gemeindebaumwärter des Bezirks unter Leitung des Oberamtsbaumwärters stattfinden.

Die Schultheißenämter werden beauftragt, den Gemeindebaumwärttern hievon Kenntnis zu geben und dieselben zum Besuch der Versammlung zu veranlassen.

Neuenbürg, den 5. März 1907.

K. Oberamt.
Hornung.

Maul- und Klauenseuche

ist in Zwernberg, O. A. Calw, ausgebrochen.

Neuenbürg, den 5. März 1907.

K. Oberamt.
Amtmann Gaifer.

A. Forstamt Calmbach.

Reisig-Verkauf

am Montag, den 11. März, vorm. 1/2 11 Uhr auf dem Rathaus in Calmbach aus Staatswald Hengstberg, Abt. Hengstbergthalde, Oeschlesgrund, Ob. und Unt. Dittenbrunnen: 11 Rm. Buchen-, 74 Rm. Nadelholz-, Reisigsprügel, 220 Wellen Schlagraum in 11 Flächentlofen.

Höfen.

Straßen-Sperre.

Die Sperre der Langenbrander Straße wird bis Freitag, den 8. ds. Mts. einschließlic verlängert.

Den 5. März 1907.

Schultheißenamt.
Feldweg.

2 Goldschmiedslehrlinge,

denen Gelegenheit zur gründlichen Ausbildung geboten wird, bei hohem Anfangslohn gesucht.

Ed. Weiler, Pforzheim
Wilhelmshöhe 15.

K. Amtsgericht Neuenbürg.

Im Handelsregister, Abt. für Gesellschaftsfirmer, ist am 26. Februar ds. Js. eingetragen worden:

1. bei der Firma **Kranth & Comp.**, offene Handelsgesellschaft in Höfen:

„Als weiterer Gesellschafter ist mit Wirkung vom 1. Januar 1907 eingetreten: **Hans Eilsberger**, Hauptmann a. D. in Höfen“;

2. neu eingetragen: „Die Firma **Geschwister Kiefer** in Bopfingen, Zweigniederlassung in Calmbach, offene Handelsgesellschaft zum Betrieb eines Manufaktur-, Weiß-, Woll- und Kurzwaren-Geschäfts. Teilhaber sind: **Rosa** und **Sofie Kiefer** in Bopfingen.“

Den 28. Februar 1907.

Oberamtsrichter
Doberec.

Neuenbürg.

Grundstücks-Verpachtung.

Die Amtskörperschaft bringt am nächsten

Donnerstag, den 7. ds. Mts., vormittags 11 Uhr öffentlich zur Verpachtung an Ort und Stelle:

1 Grundstück beim Krankenhaus bestehend in 15 a 95 qm Gemüsegarten und Baumwiese.

3 Grundstücke in unteren Hausäckern, bestehend in ca. 1 1/2 Morgen Gemüsegarten und Baumacker.

Zusammenkunft beim Krankenhaus.

Den 4. März 1907.

Oberamtspflege.
Kübler.

